

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Keine Panik - aber auch keine Entwarnung: Hinweise zum Grippevirus H1N1

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Robert-Koch-Institut in Berlin schätzen, dass die weltweite Ausbreitung des neuen Influenzavirus H1N1 nicht zu stoppen ist. Auch in Berlin ist die Zahl der Infizierten weiter gestiegen. Damit steigt auch das Risiko der Ansteckung für die Beschäftigten in der Berliner Finanzverwaltung. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Berlin befürwortet daher die vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen der Senatsverwaltung für Finanzen für die Berliner Finanzämter. Kolleginnen und Kollegen mit Publikumsverkehr oder im Außendienst sind besonders ansteckungsgefährdet. Im Rahmen der Fürsorgepflicht hat somit der Dienstherr prophylaktische Maßnahmen zu koordinieren, damit alle Beschäftigten über den Grippevirus H1N1 hinreichend informiert sind.

Bei der pandemischen Grippe H1N1 handelt es sich um eine akute Atemwegserkrankung mit Fieber über 38 Grad. Das Fieber kann aber auch fehlen. Meist haben die Erkrankten Halsschmerzen, Husten und Schnupfen. Typisch für Grippeerkrankungen sind auch Schüttelfrost, Muskel-, Kopf- oder Gelenkschmerzen. Manche Patienten leiden zudem unter Müdigkeit oder Appetitlosigkeit. Zusätzlich können Übelkeit, Erbrechen oder Durchfall auftreten.

Angesichts der aus betroffenen Staaten eingeschleppten Infektionen und den auch in Deutschland erworbenen Infektionen steigt die Bedeutung der persönlichen Hygienemaßnahmen, insbesondere bei Kontakt zu Reiserückkehrern und bei vielen Kontakten zu anderen, etwa in den Infozentralen der Finanzämter.

Der neu aufgetretene H1N1-Subtyp wurde im April 2009 in Mexiko und den Vereinigten Staaten isoliert. H1N1 breitet sich zurzeit in verschiedenen Regionen der Welt aus. Europäische Länder mit erhöhtem Risiko sind zum Beispiel Spanien und Großbritannien. Die Zahl der H1N1-Fälle z. B. auf Mallorca und den übrigen Ferieninseln der Balearen steigt ständig. Mit der steigenden Zahl von Patientinnen und Patienten in den betroffenen Regionen erhöht sich auch das Risiko, dass Reisende mit dem Grippevirus H1N1 in Kontakt kommen und erkranken.

Was Reiserückkehrer beachten sollten!

Wer aus Regionen mit erhöhtem Risiko zurückkehrt und in den ersten sieben Tagen nach der Rückkehr an Grippe-symptomen leidet, sollte unbedingt zu Hause bleiben, um die Ansteckung weiterer Personen zu vermeiden. Dem Pati-

enten wird empfohlen einen Arzt oder eine Ärztin anrufen. Der Arzt ist über die Symptome wie auch die Reiseroute zu informieren. Dasselbe gilt für Personen mit Grippe-symptomen, die Kontakt hatten zu erkrankten Reiserückkehrern. Ohne Ausnahme sollten alle Reisenden aus betroffenen Regionen

>>> Seite 34

INHALTSVERZEICHNIS

Keine Panik - aber auch keine Entwarnung: Hinweise zum Grippevirus H1N1	33
Impressum	34
Senat erfüllt die Schwerbehindertenquote im öffentlichen Dienst	35
Übernahme heißt Zukunft gestalten	36
DSTG im Landespersonalausschuss vertreten	39
dbb und dbb jugend berlin: Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet	39
Berliner Besoldungsrückstand: dbb berlin bereitet Kampagne vor	41
dbb fordert die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen	42
5. Treffen der DSTG-Nordverbände in Bad Bramstedt	43
DSTG-Service: „Pensionierung ohne eigenen Antrag“	44

Keine Panik - aber auch keine Entwarnung: Hinweise zum Grippevirus H1N1

Seite 33 >>>

folgende Hygienemaßnahmen befolgen: sich regelmäßig und gründlich die Hände waschen und sich beim Niesen und Husten ein Wegwerftaschentuch vor Nase und Mund halten. Dies hilft zu verhindern, dass sich der Erreger ausbreitet.

Bei Grippeerkrankungen sind die betroffenen Personen schon vor dem Ausbruch der Krankheit ansteckend, also einen Tag bevor die Symptome auftreten. Ein Erwachsener kann das Virus noch drei bis sieben Tage nach Ausbruch der Krankheit weitergeben, Kinder sind jedoch häufig viel länger ansteckend.

„H1N1“ ist eine akute Infektionskrankheit der Atemwege, welche durch Influenzaviren verursacht wird. Das in Mexiko neu aufgetauchte Virus hingegen überträgt sich von Mensch zu Mensch: über Tröpfcheninfektion beim Niesen, Husten und Sprechen oder indirekt über den Kontakt mit verunreinigten Oberflächen (etwa der Hände beim Händeschütteln, bei Türklinken), auf denen Viren eine Zeit lang überleben können. Einfache Hygienemaßnahmen können dazu beitragen, die Übertragung von Krankheitserregern zu reduzieren.

Hände waschen und vom Gesicht fernhalten!

Die Hände kommen den ganzen Tag über mit Gegenständen und Menschen in Berührung – und deshalb auch mit Viren. Da die Erreger von den Händen leicht auf die Schleimhäute von Augen, Nase und Mund übergehen können, ist es wichtig, der Hygiene der Hände besondere Beachtung zu schenken. Es ist wichtig, sich re-

gelmäßig die Hände mit Seife zu waschen, besonders vor dem Zubereiten von Speisen, vor dem Essen, nach dem Toilettengang – und die eigenen Augen, Nase oder Mund möglichst selten zu berühren. Denn das Virus wird auch übertragen, wenn Personen eine verunreinigte Oberfläche (etwa eine Türklinke, einen Tisch oder eine fremde Hand) berühren und die verseuchten Hände danach an die eigenen Augen, die Nase oder den Mund führen. Studien haben gezeigt, dass das Virus einige Stunden auf solchen Oberflächen überdauert und noch ansteckend sein kann.

Mehrmals täglich 20 bis 30 Sekunden die Hände unter fließendes Wasser halten, mit Seife gründlich waschen, ist Pflicht im Rahmen der Hygienemaßnahmen. Dabei ist es wichtig, die Hände gut aneinander zu reiben und auch die einzelnen Finger, die Haut in den Zwischenräumen sowie die Daumen zu waschen. Nach dem Abspülen der Seife die Hände gut abtrocknen und möglichst vom Gesicht fernhalten. Zusätzlich sind geeignete Desinfektionsmittel für die Hände zu empfehlen.

Gerade in Grippezeiten sollte die Sauberkeit der Toiletten in der Dienststelle regelmäßig überprüft werden. Bei Zweifeln an der auftragungsgemäßen Reinigung sollten Kolleginnen und Kollegen die Dienststelle sofort informieren und auf unverzügliche Abhilfe drängen! Darüber hinaus ist der örtliche Personalrat einzuschalten.

Hygienisch husten!

Beim Husten ist „Hand vor den Mund“ zwar gut gemeint, aber ungesund für die Mitmenschen. Beim Husten unbedingt Abstand zu anderen Personen halten! Wer

husten oder niesen muss, sollte sich unbedingt Mund und Nase mit einem Wegwerftaschentuch bedecken – oder zur Not in die Armbeuge niesen. Außerdem sollte beim Husten ein größtmöglicher Abstand zu anderen Personen eingehalten werden.

Krankheit zu Hause auskurieren

Kolleginnen und Kollegen mit fieberhafter Erkältung, Magen-Darm-Infekt oder Grippe sollten nicht arbeiten, sondern ihre Gesundheit durch Erholung fördern. Erkrankte mit falschem Ehrgeiz schaden sich, den Mitarbeitern am Arbeitsplatz und schließlich auch der Dienststelle! Kollegen und andere Menschen könnten angesteckt werden. Wenn hierdurch ganze Abteilungen erkranken, schadet dies der Dienststelle mehr als der Ausfall einer Einzelperson. Wer krank zur Arbeit erscheint, kann sich ohnehin schlechter konzentrieren und macht mehr Fehler. Wichtig ist, dass Kranke nicht nur so lange zu Hause bleiben, bis die Symptome vollständig abgeklungen sind, sondern noch einen Tag darüber hinaus. Zudem sollen kranke Menschen den Kontakt zu gefährdeten Personen strikt meiden.

Erscheinen dennoch Arbeitskollegen mit Grippeerscheinungen in der Dienststelle, sollten diese darauf angesprochen werden, dass sie nach Hause gehen und dort die Grippe auskurieren.

Auf erste Anzeichen achten!

Auf eine Grippe weisen plötzlich hohes Fieber, schweres Krankheitsgefühl, Husten und Gliederschmerzen hin. Meist haben die Erkrankten Halsschmerzen, Husten und Schnupfen. Typisch für

>>> Seite 35

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion

Herausgeber: Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Köchlin

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder, Henrik Vathke
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein.
Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.
© 2009 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

Fotos: DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke

Kontoverbindung: Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

Gestaltung/Layout: Jürgen Köchlin

Druck: DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)
Telefon: 030 3752030 u. 030 3752832 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout: Karsten Köchlin

Auflage: 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 57. Jahrgang Ausgabe Nr. 6-7/2009

Keine Panik - aber auch keine Entwarnung: Hinweise zum Grippevirus H1N1

Seite 34 >>>

Grippeerkrankungen sind auch Schüttelfrost, Muskel-, Kopf- oder Gelenkschmerzen. Manche Patienten leiden zudem unter Müdigkeit oder Appetitlosigkeit. Zusätzlich können Übelkeit, Erbrechen oder Durchfall auftreten. Es ist ratsam, einen Arzt aufzusuchen und dort einen normalen Grippe Schnelltest machen lassen. Dieser Test zeigt nach 15 Minuten ob der Patient die Grippe hat oder nicht. Ob es sich bei dem Erreger dann um den Schweinegrippeerreger handelt kann nur ein Labor klären. Ein echter Schweinegrippe Schnelltest ist derzeit noch nicht auf dem Markt. Ein Labor kann die Schweinegrippe zwar recht schnell nachweisen, allerdings kann von einem Schweinegrippe Schnelltest noch nicht die Rede sein.

Wann sollten Hygienemasken getragen werden?

In Apotheken sind Hygienemasken erhältlich. Trage- und Materialeigenschaften einer solchen Schutzmaske sind in einer europäischen Norm festgelegt. Die Hygienemasken sollten dem europäischen Standard „EN 14683“ oder „EN 149“ entsprechen.

Das Tragen einer Hygienemaske (Mundschutz) ist allerdings nur dann sinnvoll, wenn deren Träger (Trägerin) gleichzeitig die persönlichen Hygienemaßnahmen einhält. Die Maske gewährt keinen vollständigen Schutz, sie ist eine Ergänzung zu den übrigen Hygienemaßnahmen. Eine Hygienemaske senkt die Menge an möglichen Krankheitserregern, die ihr Träger in die Umgebung ausatmet. Die Erreger werden an der Filterfläche „festgehalten“. Bis zu einem gewissen Grad kann eine Hygienemaske auch den Träger schützen. Eine Hygienemaske ist allerdings an ihren Rändern am Gesicht des Trägers niemals dicht. Deshalb gewährleistet sie keinen zuverlässigen Schutz vor Ansteckung. Sie senkt lediglich die Menge an Erregern, die in die Umgebung abgegeben wird. Doch sie kann dazu beitragen, die Verbreitung des Virus zu vermindern: Einer Person mit grippeähnlichen Symptomen ermöglicht das Maskentragen, Mund und Nase zu bedecken, so dass die Tröpfchen von Atemwegsabscheidungen zurückgehalten werden. So verhindert die kranke Person, ihr Umfeld und ihre Umgebung beim Niesen oder Husten anzustecken. Kranke sollten zu Hause eine

Maske tragen, wenn sie in Kontakt mit anderen Personen stehen – und außer Haus, beispielsweise wenn sie sich ins Krankenhaus oder zum Arzt begeben.

Geschlossene Räume regelmäßig lüften!

Bei der Arbeit oder zu Hause gilt: In geschlossenen Räumen kann die Anzahl der Viren in der Luft stark ansteigen. Regelmäßiges Lüften wirkt dem entgegen und senkt so das Ansteckungsrisiko. Regelmäßiges Lüften verbessert das Raumklima und verhindert ein Austrocknen der Mund- und Nasenschleimhäute, die zur Abwehr von Viren sehr wichtig sind. Die Büroräume sollten mindestens drei- bis viermal am Tag für jeweils zehn Minuten gelüftet werden.

Abstand halten, Menschenansammlungen meiden!

Kolleginnen und Kollegen können sich und andere durch besondere Rücksicht schützen, wenn ein Mindestabstand zu anderen Menschen eingehalten wird. Auf Händeschütteln sollte unbedingt verzichtet werden. Menschenansammlungen sollten grundsätzlich gemieden werden.

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Senat erfüllt die Schwerbehindertenquote im öffentlichen Dienst

Nach § 11 Absatz 3 des Gesetzes über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung (Landesgleichberechtigungsgesetz – LGBG-) hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport dem Abgeordnetenhaus eine Übersicht über die beim öffentlichen Arbeitgeber Land Berlin beschäftigten schwerbehinderten Menschen vorgelegt. Danach lag die durchschnittliche Beschäftigungsquote für das Jahr 2007 (ohne Körperschaften, Anstalten und Stiftungen) insgesamt bei 7,10 Prozent.

In der Senatsverwaltung für Finanzen mit 7.826 Arbeitsplätzen betrug die durchschnittliche Beschäftigungsquote bei 8,00 % (Pflichtplätze (Soll) = 391; besetzte Plätze (Ist) = 626); 63 % der schwerbehinderten Beschäftigten sind weiblich, und 37 % sind männlich.

Solange Arbeitgeber die vorgeschriebe-

ne Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigt, entrichten sie für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe. Sie beträgt bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von weniger als 5 % und je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz zwischen 105 und 280 Euro.

Im Sinne von § 77 Absatz 8 Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) hat die Berliner Verwaltung als Arbeitgeber der öffentlichen Hand auch für das Kalenderjahr 2007 keine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da sie insgesamt mit 7,10 Prozent mehr als 5 Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigt hat.

Übernahme heißt Zukunft gestalten!

Bis 2015 werden mehr als 20.000 Beschäftigte den Berliner öffentlichen Dienst altersbedingt verlassen. Gleichzeitig soll nicht einmal die Hälfte dieser Altersabgänge durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Am 16. Juni 2009 veranstaltete die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung eine Kundgebung unter dem Motto „Übernahme heißt Zukunft gestalten“. Als Vertreter des dbb beamtenbund und tarifunion berlin bei dieser Veranstaltung forderte Mario Moeller (stellv. DSTG-Landesvorsitzender) von Senat und Politik: „Der öffentliche Dienst braucht eine Zukunft. Deshalb: Übernahme aller Azubis und Anwärter. Jetzt!“



Mario Moeller zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung:

Mit diesem Motto, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die HJAV den Nagel auf den

Kopf getroffen. Schon seit Jahren fehlt in allen Verwaltungen an allen Ecken und
>>> Seite 37

Anzeige

„psd...weiterragen!“

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Ihre Bank
in Berlin



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 82.000 zufriedene Kunden.

Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser PSD GiroDirekt 2007 im 3. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

PSD GiroDirekt –

das Gehaltskonto, das mitverdient. Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit BankCard und PSD MasterCard. An über 18.200 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter www.psd-berlin-brandenburg.de

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:
Telefon (030) 850 82-550

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Handjerystraße 34-36
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Übernahme heißt Zukunft gestalten!

Seite 36 >>>

Enden Personal. Bis 2015 werden mehr als 20.000 Beschäftigte den öffentlichen Dienst des Landes Berlin altersbedingt verlassen.

Und was tun Senat und Politik?

Richten sie die Personalplanung für die Verwaltung an den von ihnen zugewiesenen Aufgaben und Erfordernissen aus? Weit gefehlt. Denn an die Stelle einer zukunftsorientierten Personalplanung werden in Berlin haushaltspolitische Vorgaben gesetzt. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll nicht einmal die Hälfte der Altersabgänge durch Nachwuchskräfte ersetzt werden.

Herr Wowereit, Herr Körting, Herr Nußbaum – so geht das nicht! Sie können nicht einerseits Probleme in den Bereichen Bildung, Justiz und Innere Sicherheit beklagen und andererseits hochqualifizierte Nachwuchskräfte auf die Straße setzen. Das selbe gilt für die Ordnungsämter und alle anderen Bereiche. Nehmen wir als Beispiel meine Heimatverwaltung. Für die Finanzämter hat Ex-Senator Sarrazin pauschal eine personelle Unterausstattung von 10 % verordnet – und zwar gegenüber einer schon viel zu knapp bemessenen bundesweiten Personalbedarfsberechnung. Dazu noch eine absolut unsinnige Strukturreform. Das Steuergeld liegt auf der Straße – aber der Berliner Senat will es gar nicht haben!

Dramatische Altersabgänge

Beschäftigte am 01.01.2008 88.101
 = Vollzeitäquivalente 81.968,86
 Abgänge 2008 bis 2015 (VZÄ) 19.657,59
 das entspricht **24,0 %**

Offenbar fehlen dem Senat die Ideen, was man mit den zusätzlichen Einnahmen anfangen könnte. Lieber Senat, wir als dbb beamtenbund und tarifunion – und Ihr sicher auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben da Ideen: gerechte Bezahlung, vernünftige Arbeitsbedingungen und Beseitigung des Personalmangels in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes der Stadt. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt auch und vor allem Übernahme unserer Anwärter und Auszubil-

denden! Eine von Personalmangel geprägte und zudem noch vergreiste Verwaltung kann ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erfüllen. Und eine weitere Arbeitsverdichtung ist schon lange nicht mehr möglich. Ein Blick auf die hohe Krankheitsquote sollte eigentlich ausreichen, um dies zu erkennen. Alle Versuche, diese zu senken, sind richtig und wichtig. Sie bleiben aber Flickschusterei, wenn das Grundübel – nämlich

zu viele. Der Senat hat eine Verantwortung dafür, dass auch die junge Generation sich ihren Lebensunterhalt verdienen kann. Was hat Berlin davon, wenn statt dessen Transferleistungen gezahlt werden müssen? Jedenfalls keine Gegenleistung! Und das ist volkswirtschaftlich total unsinnig, wenn auf der anderen Seite öffentliche Aufgaben wegen Personalmangels nicht erfüllt werden können. Das Topfdenken der Haushälter muss hier

Geplante Entwicklung des Personals in den Verwaltungen Berlins

Personal in VZÄ	2007	2008	2009	2010	2011
Beschäftigte	110.750	108.410	106.600	104.670	102.260
Ausscheidende	3.500	3.340	3.420	3.960	4.100
Einstellungskorridor	1.160	1.625	1.490	1.550	1.620

fehlendes Personal – nicht endlich angegangen und beseitigt wird. Hinzu kommt, dass Berlin nur dann lebenswert bleibt, wenn die Jugend in dieser Stadt eine Perspektive hat. Dazu gehören Betreuung- und Bildungsmöglichkeiten, aber auch bezirkliche Freizeitangebote.

Und nicht zu vergessen: eine berufliche Perspektive. Deshalb muss der Staat ausbilden – auch als positives Vorbild für die private Wirtschaft. Er muss aber nicht nur ausbilden, er muss dann auch übernehmen! Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger gibt es in Berlin schon viel

endlich der Vernunft weichen! Sonst verliert der Staat auch noch den letzten Rest seiner ohnehin schon eingeschränkten Handlungsfähigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Senat und die Politik haben die Verantwortung, dass unser Berlin eine Zukunft hat. Für diese Zukunft braucht Berlin den öffentlichen Dienst. Und der öffentliche Dienst braucht eine Zukunft.

**Deshalb:
 Übernahme aller Azubis und Anwärter. Jetzt!**



Unsere Kundendienstbüros in Ihrer Nähe



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Buckow

12349 Berlin-Buckow
KUNDENDIENSTBÜRO
KERSTIN LAUE-HEISIG
 Buckower Damm 239
 Telefon 030 66707334
 Telefax 030 66707335
 K.Laue@hukvm.de
 Mo, Di, Do 9.00-12.00 Uhr
 und 15.00-18.00 Uhr
 Mi + Fr 9.00-15.00 Uhr

Charlottenburg

10627 Berlin-Charlottenburg
KUNDENDIENSTBÜRO
INGRID VAN LOOK
 Sesenheimer Str. 16
 Telefon 030 3139073
 Telefax 030 3134727
 Ingrid.vanLook@hukvm.de
 Mo, Di, Do 9.00-13.00 Uhr
 und 15.00-20.00 Uhr
 Mi + Fr 9.00-12.00 Uhr

Hellersdorf

12619 Berlin-Hellersdorf
KUNDENDIENSTBÜRO
ELKE BALTRUSCH
 Lion-Feuchtwanger-Str. 22
 Telefon 030 5633488
 Telefax 030 56044854
 Baltrusch@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

Köpenick

12555 Berlin-Köpenick
KUNDENDIENSTBÜRO
ULLRICH SCHMARSSOW
 Lindenstr. 35
 Telefon 030 65265533
 Telefax 030 65265535
 Schmarssow@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Lichterfelde

12207 Berlin-Lichterfelde
KUNDENDIENSTBÜRO
MANFRED GÜNTHER
 Ostpreußendamm 131
 Telefon 030 72014909
 Telefax 030 74305896
 Manfred.Guenther@hukvm.de
 Mo, Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr
 Mi 9.00-15.00 Uhr
 Do 9.00-13.00 Uhr und 14.00-19.30 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Mariendorf

12107 Berlin-Mariendorf
KUNDENDIENSTBÜRO
RALF BEHRENDT
 Tauernallee 44
 Telefon 030 76109900
 Telefax 030 76109911
 Behrendt@hukvm.de
 Mo-Mi 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-20.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Marzahn

12681 Berlin-Marzahn
KUNDENDIENSTBÜRO
THOMAS KIETZKE
 Helene-Weigel-Platz 11/Am Springtuhl
 Telefon 030 5411113
 Telefax 030 25568850
 Kietzke@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-13.00 Uhr
 Mo, Di, Do, Fr 15.00-18.00 Uhr

Mitte

10117 Berlin-Mitte
KUNDENDIENSTBÜRO
PETRA SAGURNA-FRANK
 Jägerstr. 70/Nähe U-Bhf. Französische Str.
 Telefon 030 30648830
 Telefax 030 30648831
 Petra.Sagurna-Frank@hukvm.de
 Mo, Di, Do 10.00-18.00 Uhr
 Mi 9.00-15.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Neukölln

12359 Berlin
KUNDENDIENSTBÜRO
BRITZ
 Buschkrugallee 53/Ecke Delfter Ufer
 Telefon 030 6252086
 Telefax 030 6268331
 Mo, Di, Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

Prenzlauer Berg

10435 Berlin-Prenzlauer Berg
KUNDENDIENSTBÜRO
BERND ALBRECHT
 Sredzkistr. 6
 Telefon 030 44342777
 Telefax 030 44342779
 B.Albrecht@hukvm.de
 Mo-Fr 10.00-13.00 Uhr
 Mo, Di, Do 15.00-20.00 Uhr

Reinickendorf

13403 Berlin-Reinickendorf
KUNDENDIENSTBÜRO
DAGMAR FAHLE
 Eichborndamm 18
 Telefon 030 4123344
 Telefax 030 4124455
 Fahle@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr und 16.00-18.00 Uhr

Steglitz

12167 Berlin-Steglitz
KUNDENDIENSTBÜRO
HANNELORE WALDSPERGER
 Klingsorstr. 14
 Telefon 030 79702940
 Telefax 030 79702942
 Waldspenger@hukvm.de
 Mo, Di 9.00-18.00 Uhr
 Mi 9.00-13.00 Uhr
 Do 9.00-19.30 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Spandau

13581 Berlin-Spandau
KUNDENDIENSTBÜRO
ANNETTE VIRCHOW
 Päwesiner Weg 21
 Telefon 030 3316060
 Telefax 030 3318483
 Virchow@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr und 15.30-18.00 Uhr

Spandau

13585 Berlin-Spandau
KUNDENDIENSTBÜRO
MONIKA REITZE
 Schönwalder Str. 108 A
 Telefon 030 35504546
 Telefax 030 35504547
 Monika.Reitze@hukvm.de
 Mo, Di, Do 10.00-18.00 Uhr
 Mi 10.00-15.00 Uhr
 Fr 10.00-13.00 Uhr

Treptow

12437 Berlin
KUNDENDIENSTBÜRO
DR. WERNER HAUSDÖRFER
 Kiehlholzstr. 187/Nähe Baumschulenstr.
 Telefon 030 53211670
 Telefax 030 53211671
 Hausdoerfer@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Wedding

13353 Berlin-Wedding
KUNDENDIENSTBÜRO
WILFRIED STRUWE-REININGHAUS
 Tegeler Str. 24/Sprengelstr.
 Telefon 030 45482371
 Telefax 030 45482372
 Struwe-Reininghaus@hukvm.de
 Mo, Mi, Fr 9.00-17.00 Uhr
 Di, Do 10.00-19.00 Uhr

Wilmerdorf

10715 Berlin-Wilmerdorf
KUNDENDIENSTBÜRO
VOLKMAR EBERT
 Wexstr. 24
 Telefon 030 85731486
 Telefax 030 85731487
 V.Ebert@hukvm.de
 Mo, Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr
 Mi, Fr 9.00-15.00 Uhr
 Do 9.00-13.00 Uhr und 14.00-19.30 Uhr

Wittenau

13437 Berlin-Wittenau
KUNDENDIENSTBÜRO
DANY FECHNER
 Oranienburger Str. 69
 Telefon 030 41191170
 Telefax 030 41191171
 Fechner@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr
 Mo-Do 15.00-18.00 Uhr

Weißensee

13189 Berlin-Weißensee
KUNDENDIENSTBÜRO
MICHAEL HILLER
 Prenzlauer Promenade 177
 Telefon 030 91744281
 Telefax 030 91744291
 M.Hiller@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Zehlendorf

14169 Berlin-Zehlendorf
KUNDENDIENSTBÜRO
GUNTHER DEDERER
 Clayallee 331
 Telefon 030 89728860
 Telefax 030 89502158
 Dederer@hukvm.de
 Mo-Di 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Mi 9.00-15.00 Uhr
 Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-19.30
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Ludwigsfelde

14974 Ludwigsfelde
KUNDENDIENSTBÜRO
RENATE TROEMEL
 Rathausstraße 2
 Telefon 03378 200097
 Telefax 03378 200686
 Mo, Di, Do 9.00-13.30 Uhr
 und 15.00-19.00 Uhr

Potsdam

14467 Potsdam
KUNDENDIENSTBÜRO
FISCHER, JENNY
 Lindenstraße 8
 Telefon 0331 2011044
 Telefax 0331 2011045
 Fischer@hukvm.de
 Mo, Di, Do 9.00-14.00 Uhr und 15.00-19.00 Uhr
 Mi 9.00-15.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Potsdam

14480 Potsdam
KUNDENDIENSTBÜRO
PETRA REETZ
 Nuthedamm 8
 Telefon 0331 7452707
 Telefax 0331 7452708
 Reetz@hukvm.de
 Mo - Mi 9.00-18.00 Uhr
 Do 9.00-19.30 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Eberswalde

16225 Eberswalde
KUNDENDIENSTBÜRO
DIETER HILDBURGER
 Eisenbahnstr. 32
 Telefon 03334 235967
 Telefax 03334 526067
 Hildburger@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-13.00 Uhr
 Mo, Di 15.00-18.00 Uhr
 Do 15.00-19.00 Uhr

Rathenow

14712 Rathenow
KUNDENDIENSTBÜRO
SYLVIA LAMATSCH
 Waldemarstr. 9
 Telefon 03385 61 74 06
 Telefax 03385 61 74 07
 Sylvia.Lamatsch@hukvm.de
 Mo, Di, Do 9.00-13.00 Uhr
 und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-14.00 Uhr

Bernau

16321 Bernau
KUNDENDIENSTBÜRO
UTA HERM
 Breitscheidstr. 31
 Telefon 03338 753410
 Telefax 03338 753411
 Uta.Herm@hukvm.de
 Mo-Fr 10.00-14.00 Uhr
 Mo, Di, Do 16.00-19.00 Uhr

Belzig

14806 Belzig
KUNDENDIENSTBÜRO
 Lübnitzer Str. 3
 Tel./Fax 033941 449940
 Mo 9.00-12.00 und 16.00-19.00 Uhr
 Di 9.00-12.00 und 16.00-19.00 Uhr
 Mi 16.00-19.00 Uhr
 Do 9.00-12.00 und 18.00-20.00 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Hennigsdorf

16761 Hennigsdorf
KUNDENDIENSTBÜRO
RAINER PINNAU
 Berliner Str. 27
 Telefon 03302 801524
 Telefax 03302 801261
 Pinnau@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-12.00 Uhr

Königs-Wusterhausen

15711 Königs-Wusterhausen
KUNDENDIENSTBÜRO
RAINER GUTZEIT
 Cottbuser Str. 3
 Telefon 03375 566255
 Telefax 03375 566256
 rainer.gutzeit@hukvm.de
 Mo, Do 9.00-16.00 Uhr
 Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-12.00 Uhr

Neuruppin

16816 Neuruppin
KUNDENDIENSTBÜRO
JÜRGEN SCHLÜTER
 Präsidentenstr. 32
 Telefon 03391 651916
 Telefax 03391 359740
 Schluter@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-15.00 Uhr

Frankfurt/O.

15230 Frankfurt
KUNDENDIENSTBÜRO
CAROLA JAHN
 Berliner Str. 36
 Telefon 0335 6066820
 Telefax 0335 6066826
 Carola.Jahn@hukvm.de
 Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Fr 9.00-12.00 Uhr

Brandenburg

14770 Brandenburg
KUNDENDIENSTBÜRO
DETLEF BEILFUSS
 Rathenower Str. 5
 Telefon 03381 308657
 Telefax 03381 212664
 Beilfuss@hukvm.de
 Mo-Mi 9.00-13.30 Uhr und 15.00-18.00 Uhr
 Do 9.00-13.30 Uhr und 15.00-19.30 Uhr
 Fr 9.00-13.00 Uhr

Schwedt

16303 Schwedt
KUNDENDIENSTBÜRO
ECKHARD ULBRICHT
 Ringstr. 14
 Telefon 03332 411849
 Telefax 03332 268779
 Ulbricht@hukvm.de
 Mo, Di, Do, Fr 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

Strausberg

15344 Strausberg
KUNDENDIENSTBÜRO
ANKE WYPLER
 Lindenplatz 4
 Telefon 03341 216061
 Telefax 03341 216062
 Wypler@hukvm.de
 Mo, Di, Do, Fr 9.00-12.00 Uhr
 Mo, Di, Do 14.00-18.00 Uhr

Oranienburg

16515 Oranienburg
KUNDENDIENSTBÜRO
IRINA STEIN
 Bernauer Str. 101
 Telefon 03301 687792
 Telefax 03301 687793
 Stein@hukvm.de
 Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr
 Mo, Di, Do 15.30-18.00 Uhr

Fürstenwalde

15517 Fürstenwalde
KUNDENDIENSTBÜRO
ANNETTE HOLLE
 Karl-Liebknecht-Str. 67
 Tel./Fax 03361 32314
 Holle@hukvm.de
 Mo, Fr 9.00-12.00 Uhr
 Di, Do 14.00-18.00 Uhr

DSTG

im Landespersonalausschuss vertreten

Mit Senatsbeschluss Nr. S-1995/2009 vom 7. April 2009 hat der Senat von Berlin auf Vorschlag des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin den Landesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Detlef Dames, mit Wirkung vom 15. April 2009 für vier Jahre zum Mitglied des Landespersonalausschusses bestellt.

Der Landespersonalausschuss (LPA) besteht aus acht Mitgliedern. Ständiges Mitglied des LPA ist der Präsident des Rechnungshofes als Vorsitzender für die Dauer der Bekleidung seines Hauptamtes. Ein weiteres Mitglied und sein Vertreter werden von der Senatsverwaltung für Inneres aus den in dieser Senatsverwaltung hauptamtlich tätigen Beamten auf die Dauer von vier Jahren bestellt. Die anderen Mitglieder und ihre Vertreter werden vom Senat für die Dauer von vier Jahren bestellt, und zwar

1. zwei Mitglieder und ihre Vertreter auf Grund einer Benennung durch den Rat der Bürgermeister,
2. ein Mitglied und sein Vertreter auf Grund einer Benennung durch den dbb - beamtenbund und tarifunion berlin,
3. ein Mitglied und sein Vertreter auf Grund einer Benennung durch den DGB,

4. ein Mitglied und sein Vertreter auf Grund einer Benennung durch den Hauptpersonalrat,

5. ein Mitglied und sein Vertreter von der Senatsverwaltung für Finanzen.

Der (LPA) wird zur einheitlichen Durchführung der beamtenrechtlichen Vorschriften errichtet, der seine Tätigkeit innerhalb der Gesetze unabhängig und in eigener Verantwortung ausübt. Der LPA entscheidet außer in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen über die Befähigung freier Bewerber und die Ausnahmen von den Vorschriften über die Einstellung, Anstellung, Vorbildung und Laufbahnen der Beamten.

Die Sitzungen des LPA sind nicht öffentlich. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich.

Zur Vorbereitung der Verhandlungen und

Durchführung der Beschlüsse bedient sich der Vorsitzende der für den LPA in der Senatsverwaltung für Inneres einzurichtenden Geschäftsstelle. Der LPA kann zur Durchführung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der für die Verwaltungsgerichtsbarkeit geltenden Vorschriften Beweise erheben. Alle Dienststellen haben dem LPA unentgeltlich Amtshilfe zu leisten und ihm auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und Akten vorzulegen, soweit dies zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlich ist.

Die Beschlüsse des LPA sind, soweit sie allgemeine Bedeutung haben, im Amtsblatt für Berlin bekannt zu geben, im Übrigen der zuständigen Senatsverwaltung und der Senatsverwaltung für Inneres mitzuteilen. Soweit dem LPA eine Entscheidungsbefugnis eingeräumt ist, binden seine Beschlüsse die beteiligten Verwaltungen.

Die Mitglieder des LPA sind unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet.

dbb berlin und dbb jugend berlin: Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet

Der Personalabbau in der Berliner Verwaltung hat allein in den letzten 15 Jahren mehrere zehntausende Stellen gekostet. Für das Jahr 2009 sind im Haushalt nur noch 106.600 Vollzeitäquivalente (VZÄ = Umrechnung der Arbeitszeiteile auf Vollzeitstellen) vorgesehen. Seit Jahren fehlt in allen Hauptverwaltungen, den Bezirksverwaltungen und den Betrieben des Landes Berlin Personal in erheblichem Umfang. Einer Aufgabenkritik haben sich Senat und Abgeordnetenhaus ebenso verweigert wie einer aufgabengerechten Personalausstattung. Da nicht einmal die Hälfte der altersbedingt oder aus anderen Gründen ausscheidenden Mitarbeiter/innen ersetzt wurde, stieg der Altersdurchschnitt im Berliner Landesdienst mittlerweile auf 55 Jahre. Und die aktuellen Planungen des Senats würden dazu führen, dass der Altersdurchschnitt weiter steigt. Personalabbau und Vergreisung gefährden die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes der Stadt und damit die sachgerechten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Politik muss endlich handeln!

Zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungen und der Betriebe des Landes Berlin fordern dbb beamtenbund und tarifunion berlin und die dbb jugend berlin vom Senat und dem Abgeordnetenhaus:

- Erhöhung des Einstellungskorridors auf mindestens den Umfang der ausscheidenden Mitarbeiter/innen
- Erhöhung der Ausbildungszahlen in allen Bereichen
- Übernahme aller Anwärter/innen und Auszubildenden, die die Prüfungen erfolgreich bestehen
- Senkung des Altersdurchschnitts im öffentlichen Dienst

1) Bei entsprechender Bonität
2) Kondition freibleibend
3) Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)

Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

0, Euro

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

+ 0,- Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Maike Hanke, Kundenberaterin Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail maike.hanke@bbbank.de
www.bezuegekonto.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das
dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Berliner Besoldungsrückstand: dbb berlin bereitet Kampagne vor

Der dbb berlin bereitet eine Kampagne gegen die rot-rote Berliner Landesregierung vor, nachdem der Senat die Berliner Beamten nach Auslaufen des Solidarpaktes im kommenden Jahr leer ausgehen lassen will, während die Berliner Arbeitnehmer – wie verabredet – wieder mehr Geld in der Tasche haben werden.

Die Mehrheit der Berliner Landesbeschäftigten, rund 80.000 Landesbeamte, sollen den Verzicht zugunsten des klammen Landeshaushaltes fortsetzen. Der Berliner Senat weigert sich, auch die Beamten wieder auf das Einkommensniveau zu heben, welches sie hatten, ehe Senat und Gewerkschaften vor sechs Jahren den Deal „Gehaltsverzicht gegen weniger Arbeitszeit und Kündigungsschutz“ abschlossen.

„Die Stimmung ist natürlich gerade bei den Kollegen der unteren Dienstgrade schlecht“, berichtet Joachim Jetschmann, Landesvorsitzender des dbb - beamtenbund und tarifunion - Berlin.

Besonders ärgerlich ist, dass der Berliner Senat im Gegensatz zu anderen Ländern und dem Bund den Berliner Beamtinnen und Beamten seit dem Jahr 2004 Besoldungserhöhungen beharrlich verweigert.

„Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat uns verraten“, klagt der Vorsitzende des dbb Landesbundes berlin Joachim Jetschmann. Obwohl immer klar gewesen sei, dass der 2003 ausgehandelte Verzicht von 8 bis 12 Prozent des Gehaltes im Jahre 2010 wieder rückgängig gemacht werden soll, wolle sich Wowereit nicht mehr an sein auch den Beamten gegebenes Versprechen erinnern. Die Besoldungsrückstände im Land

Berlin betreffen ca. 80.000 Beamtinnen und Beamte und weitere 60.000 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Von den Berliner Beamten wird das Verhalten des Senats als überaus ungerecht empfunden, weil es anderslautende Zusagen gegeben habe und weil die Berliner Beamten infolge der seit 2004 in anderen Ländern und beim Bund vollzogenen Besoldungserhöhungen immer mehr benachteiligt werden.

Auch bei den Bezügen der Beamtenanwärter liegt Berlin deutlich hinter Hamburg oder Bayern zurück. Das wird zwangsläufig in Berlin angesichts der 25.000 Mitarbeiter, die in den nächsten fünf, sechs Jahren in Pension gingen, zu einem echten Nachwuchsproblem führen. „Es wird schwieriger, guten Nachwuchs zu gewinnen“, warnt Jetschmann.

Bereits in diesem Jahr muss zum Beispiel die Senatsverwaltung für Finanzen für den mittleren Dienst weniger Anwärter einstellen als eingeplant.

Der dbb berlin bereitet eine Kampagne gegen die rot-rote Koalition vor. „Die ziehen wir notfalls bis zu den Berliner Wahlen 2011 durch“, droht Jetschmann.

„Ich bin sicher: Der öffentliche Dienst hat eine Zukunft. Aber wir müssen etwas tun, damit der öffentliche Dienst eine Zukunft hat.“

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister, am 16. Januar 2003

Es sei nicht einzusehen, warum das Sonderopfer der einen Statusgruppe beendet werde, während die andere weiterhin auf Urlaubsgeld und den Großteil des Weihnachtsgeldes verzichten soll. Dieser Beitrag der Beamten zum Solidarpakt wurde 2003 vom Senat festgelegt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin vermissen seit Jahren ein Zukunftskonzept des Senats von Berlin. Der Stellen- und Personalabbau seit Amtsantritt der Regierungskoalition stellt die Zukunft der öffentlichen Verwaltung in Frage. Der dbb - beamtenbund und tarifunion - berlin fordert SPD und Linkspartei und den Regierenden Bürgermeister auf, die Zukunftsfragen der öffentlichen Verwaltung und deren Beschäftigten umgehend zu lösen.

dbb berlin fordert die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen

Auf Antrag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft - DSTG - hat der Landeshauptvorstand des dbb berlin in seiner Frühjahrstagung die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen mit dem Senat nach dem Tarifvertrag zur Übernahme eines modernen Tarifrechts ab 1. Januar 2010 beschlossen.

Die an den Senat gerichtete Forderung hat zum Ziele, dass mit Ablauf des Solidarpaktes des Jahres 2003 zum 31. Dezember 2009 die Gehälter der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer an das Niveau der Gehälter der anderen fünfzehn Bundesländer ohne

weitere zeitliche Verzögerungen zum 1. Januar 2010 angepasst werden.

Der Absicht des Senats, erst etwa 2020 eine Gleichstellung der Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes mit den Be-

schäftigten im übrigen Bundesgebiet vorzusehen, traten die Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieds-gewerkschaften und -verbände des dbb berlin in der Frühjahrstagung des Landeshauptvorstandes besonders entgegen.

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Anzeige



Top-Konditionen bei Wüstenrot!

Ideal Bausparen
Darlehenszinsen
ab **1,6%***

* Tarifvariante B/F,
effektiver Jahreszins ab
Zuteilung ab 1,77%.

**Rufen Sie gleich an,
es lohnt sich für Sie!**

Profitieren Sie jetzt von den attraktiven Exklusiv-Angeboten für dbb-Mitglieder und ihren Angehörigen:

- Halbe Abschlussgebühr beim Bausparen.
- 0,3% Zinsvorteil für Baufinanzierungen.
- Jugendpaket Ideal & clever mit 5%* Zinsen beim Sparkonto!

* für 12 Monate auf bis zu 1 500 Euro.

W&W wüstenrot

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Wüstenrot Bausparkasse AG
Gebietsdirektion Berlin
Georgenstr. 25, 10117 Berlin
Telefon: 030 - 85 990 250
Telefax: 030 - 85 990 254
E-Mail: edmund.rief@wuestenrot.de

5. Treffen der DSTG-Nordverbände in Bad Bramstedt

In diesem Jahr trafen sich im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt zum fünften Mal Vertreter der norddeutschen Landesverbände (Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern) und Berlin. Neunzehn Kolleginnen und Kollegen aus den Vorständen beschäftigten sich mit gewerkschaftsinternen, steuerlichen, personal- und beamtenrechtlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern.

Für den Landesverband Berlin nahmen der Landesvorsitzende Detlef Dames und sein Stellvertreter Mario Moeller teil.

Beim Themenblock „Neue Beamten-gesetze“ wurde festgestellt, dass in Anlehnung an das Bundesbeamtenstatusgesetz alle Nordländer im Wesentlichen übereinstimmende eigene Beamtengesetze erlassen haben, die auch die Beteiligung der Gewerkschaftsspitzenverbände berücksichtigen.

Ausgiebig wurde das Ergebnis der Tarifverhandlungen der TdL-Länder diskutiert, auf das die Vertreter von Berlin nur neidvoll schauen konnten.

Zum Thema Umorganisation in den Finanzämtern stellten die Berliner Vertreter das Modell „Finanzamt 2010“ aus Berlin vor und waren danach Mittelpunkt des Mitleids der Vertreter aller Nordverbände. Innerhalb kürzester Zeit wurde von allen anderen die vielfältigen Schwachpunkte dieser neuen Struktur herausgearbeitet. Schade nur, dass die Berliner Verwaltungsspitze von derartiger Praxisnähe und Einsicht bislang weit entfernt ist.

Neue Organisationsformen anderer Nordverbände - auch unter der Begrifflichkeit Finanzamt 2010 - leben eher vom Festhalten oder der Neuschaffung von Spezialisierungen.



Teilnehmer der DSTG-Nordverbände in Bad Bramstedt

Als Ergebnis aller Überlegungen konnte aus der Sicht der Gewerkschafter jedoch festgehalten werden, dass wie auch immer das Finanzamt 2010 aussehen wird, ohne mehr Personal ist es nicht denkbar.

Hier steuern nur Hamburg und Niedersachsen der anstehenden Pensionierungswelle und Aufstockung der Bundesbetriebsprüfung entgegen und bilden verstärkt aus.

Auch beim diesjährigen Treffen zeigte sich, dass ein Blick über die Landesgrenzen sehr informativ ist. Man muss nicht immer das Rad neu erfinden; auch in anderen Ländern gibt es gute Ideen, die es wert sind, geprüft zu werden. Die von der Politik so oft beschworene Zusammenarbeit der Nordländer wird von der DSTG schon jetzt erfolgreich umgesetzt. Eine Fortsetzung wird es sicher im kommenden Jahr geben.

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Beamtenbesoldung: dbb berlin befürchtet Zuspitzung der Lage

Der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, befürchtet eine Zuspitzung der Situation im öffentlichen Dienst Berlins, weil der rot-rote Senat nur mit den Berliner Arbeitnehmern Gehaltsgespräche führen will.

Gegenüber der Berliner Zeitung vom 4. August 2009 sprach Jetschmann von einer möglichen „Explosion“. Beamte könnten bald Überstunden verweigern.

Dann wären etwa weniger Amtsärzte ein-satzbereit, „ausgerechnet in Zeiten der Schweinegrippe“. Nach Angaben des dbb berlin ist der Frust unter den Beamtinnen

und Beamten bereits so groß, dass selbst Ältere um Versetzung in andere Bundesländer bitten, weil in Berlin im Bundesvergleich am wenigsten gezahlt wird.

DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

Serviceleistungen der DSTG

„Informationen, Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Pensionierung ohne eigenen Antrag“

Informationen und Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Pensionierung ohne eigenen Antrag“ erhalten DSTG-Mitglieder beim DSTG-Landesverband Berlin. Betroffene erhalten Auskunft beim DSTG-Landesverband Berlin unter der Telefonnummer: 030 21473040.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32**

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom 2009.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Telefon dienstl.:

Besoldungsgruppe: A Vergütungsgruppe: BAT/-O teilzeitbeschäftigt: % seit:

Steueranwärter/in seit: Finanzanwärter/in seit:

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m)

Bankleitzahl: Kontonummer:

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

..... , den

(Unterschrift)